

Parlamentarischer Vorstoss

2023/574

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Cybersecurity: Sicherstellen, dass der Kanton genügend Personal und Mittel zum Schutz digitaler Daten zur Verfügung stellt
Urheber/in:	Hannes Hänggi
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Brodbeck, Fareri, Rigo, Von Sury d'Aspremont, Weibel
Eingereicht am:	2. November 2023
Dringlichkeit:	—

Im März 2023 gab der Regierungsrat grünes Licht für die Realisierungsphase des Projekts «BL digital+». Das Projekt hat zum Ziel, ein verwaltungsweites Steuerungs- und Organisationsmodell für die digitale Transformation aufzubauen und die Mitarbeitenden der Verwaltung im Umgang mit neuen Technologien, interner und externer Verknüpfung digitaler Prozesse zu befähigen. Mit der Freigabe der Realisierungsphase wird der Kanton insgesamt rund 20 zusätzliche Stellen aus-schreiben und die entsprechenden Instrumente und Prozesse zur Umsetzung von digitalen Ser-vices aufbauen. Im Vordergrund von «BL digital+» steht, wie die Regierung schreibt, die «Stär-kung der Digitalisierungskompetenzen des Kantons, um den Ansprüchen verschiedener Partner (Bund, Kantone, Gemeinden), Einwohnerinnen und Einwohnern und Unternehmen hinsichtlich digitaler Dienstleistungen gerecht zu werden und gleichzeitig durch die Umstellung auf digitale Prozesse verwaltungsintern an Effizienz gewinnen». In der Vorlage des Regierungsrats wird die Datensicherheit aber nur am Rand erwähnt, bei den neu ausgeschriebenen Stellen sucht man Ex-perten für Cybersecurity bislang vergeblich.

Anbetracht des jüngsten Hackerangriffs auf die Psychiatrie Baselland und vergleichbarer Fälle in anderen Kantonen und beim Bund stellt sich aber die Frage nach der Sicherheit der vom Kanton erhobenen und digital aufbewahrten Daten. Denn aufgrund der aktuellen Bedrohungslage ist da- von auszugehen, dass Cyberangriffe in Zukunft an Häufigkeit und Intensität zunehmen werden. Durch ungenügend geschützte Daten macht sich der Kanton aber erpressbar. Es besteht die Ge-fahr, dass sensible Daten im Darknet veröffentlicht werden, und dass dadurch auch das Ver-trauen der Bevölkerung in den Kanton sinkt. Es ist deshalb unerlässlich, dass der Kanton die not-wendigen Vorkehrungen trifft, dass die Daten möglichst gut gegen Cyberangriffe geschützt sind und das Personal, das auf sensible Daten Zugriff hat, entsprechend geschult ist.

Der Regierungsrat wird gebeten zu überprüfen, ob bei der kantonalen Verwaltung genügend Ressourcen (geschultes Personal und Infrastruktur) zur Verfügung stehen zur Prävention und Abwehr von Cyberangriffen. Erkenntnisse über Lücken bei der Cybersecurity, insbe-sondere beim derzeit laufenden Projekt «BL digital+» sind dem Landrat zu berichten und noch im Aufgaben- und Finanzplan 2024–2027 zu berücksichtigen.
